

Das Getreide-Termingeschäft.

Eine sehr sachgemäße Verfügung des Handelsministers über die Bedeutung der Getreidesermessungsgeschäfte theilt die „Vielef. Ztg.“ mit; sie lautet:

„In dem extraktweise eingereichten Zeitungsbericht für August und September d. Z. spricht die königliche Regierung die Ansicht aus, daß es allgemein bürgergerechter Maßregeln gegen die, die Preise der Lebensmittel in die Höhe treibende Spekulation bedürfe, und daß als eine solche Maßregel die Beschränkung der Zeitaufkäufe in Getreide sich empfehle. Dieser mit den bisher befolgten Verwaltungsmethoden in Widerspruch stehenden Ansicht kann nicht beitreten. Dem Steigen der Getreidepreise in einer Gegend kann, abgesehen von der Beschränkung des Verbrauchs, nur durch den Bezug von Getreide aus andern Gegenden, wo dasselbe weniger hoch im Preise steht, entgegen gewirkt werden. Solche Bezüge sind, der Natur der Sache nach, nicht im Augenblick auszuführen, sie erfordern zum Theil, wie z. B. Bezüge aus Ungarn, den Donaupräsidentenhimern und den Vereinigten Staaten von America, eine lange Zeit der große Handel, welcher sich allein auf derartige Geschäfte einlassen kann, ist aber augenscheinlich außer Stande, dieselben zu unternehmen, wenn er nicht eine Gewähr dafür hat, daß von ihm zu bestellende und vielleicht erst nach Ablauf von Monaten zu erwartende Getreide ohne Verlust abzugeben, und diese Gewähr kann er allein darin finden, daß sich andere Handelstreibende verpflichten, das Getreide zu einer bestimmten Zeit und einem bestimmten Preise abzunehmen. In diesem Sinne sind die Zeitgeschäfte, weit entfernt, die Getreidepreise unnatürlich zu erhöhen, eines der wenigen wirksamen Mittel, um dieselben auf ihrem natürlichen, d. h. auf dem Verhältniß des Angebots zur Nachfrage beruhenden, Stande zu erhalten, und ein Verbot oder eine Beschränkung dieser Geschäfte würde, weit entfernt, auf eine Erhaltung oder Verminderung der Getreidepreise hinzuwirken, nur eine Erhöhung derselben aus anderen Gründen veranlassen.“

gängigkeit derselben aus entfernten Gegenden unmöglich machen, also gerade das Gegentheil von dem zur Folge haben, was die königliche Regierung zu erreichen beabsichtigt. Ich verkenne nicht, daß es neben diesen, auf Lieferung effektiver Waare gerichteten Zeitgeschäften auch andere giebt, bei welchen es auf ein bloßes Büchenspiel unter den Kontrahenten hinausläuft und das durch Geschäfte der letzteren Art ein Steigen oder Fallen der örtlichen Getreidpreise über oder unter ihren natürlichen Stand herbeigeführt werden kann. Solche Schwankungen können indeß immer nur momentan sein, denn bei dem gegenwärtigen Zustand der Kommunikationsmittel, welcher es gestattet, große Getreidemengen ohne allzu bedeutende Kosten auf weite Entfernungen zu bewegen, ist es nicht mehr die Nachfrage und das Angebot an der Börse einer Gegend oder eines Ortes, von welcher der Preisstand in dieser Gegend oder in diesem Orte abhängt, sondern es wird derselbe durch die gesamte Nachfrage und das gesamte Angebot an den Börsen eines großen Theils von Europa geregelt. Wenn z. B. in Düsseldorf die Getreidpreise durch Scheingeschäfte über ihre natürliche, d. h. jenem Preisverhältnisse entsprechende Höhe hinaus getrieben werden sollten, wird es nicht fehlen, daß sie durch Offerten oder Bezüge effektiver Waare aus den benachbarten oder niederländischen Däfen bald auf ihren natürlichen Stand zurückgeführt werden. Wünschenswerth würde es freilich sein, solche Scheingeschäfte zu verhindern, es sind jedoch hierzu wirksame Mittel nicht vorhanden, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen will, neben den sürgierten auch die realen Geschäfte zu treffen und dadurch weit mehr Unheil anzurichten, als Nutzen zu stiften. Die königliche Regierung wird wohl thun, in diesem Sinne, namentlich durch Benützung der Presse, bestehend einzuwirken, um Vorurtheile entgegen zu treten, wie solche nach Inhalt des Berichts sich z. B. in Krefeld geäußert haben. Das dortige Geschrei über Kornmangel ist das sicherste Mittel, diesen Büchern hervorzuweisen, denn es verleiht dem realen Kaufmann die Lust, sich auf Getreidegeschäfte überhaupt einzulassen, und spielt diese Geschäfte nur solchen Personen in die Hände."

Diese zutreffende Darlegung ist allerdings vom 24. October 1855 datirt; damals war ein aus dem Handelsstande hervorgegangener Handelsminister, Herr von der Heydt im Amte; er hat sie unterzeichnet.

Aus dem Reiche.

Wie aus Domburg gemeldet wird, verlegt die Kaiserin Friedrich während der Anwesenheit des Kaiserpaars daselbst ihren Hofstaat in das Domburger Schloß. — Die greife Fürstin-Mutter von Hohenzollern-Sigmaringen ist in Magaz eingetroffen und trifft dort mit ihrem Sohn und ihrer Schwiegertochter, König und Königin von Rumänien, zusammen. Die Fürstin vollendet am 21. October ihr 84. Lebensjahr und ist nach der Herzogin Friederike von Anhalt-Bernburg (geb. 9. October 1811) die älteste Fürstliche Dame am Kaiserlichen Hofe.

Im Befehl des Fürsten Hohenlohe-
Scheeringa mocht, der „Sport-Beit“ zufolge,
die Vehrung immer mehr Fortschritte. Die
Vronchial- und Fieber-Geschweimen, die sich ein-
gestellt hatten, sind bereits wieder gehoben, so
daß eine baldige vollständige Genesung in Aus-
sicht steht. — Die große Berliner Kunst-
ausstellung erhielt gestern den Besuch des
früheren Reichsfürstzen Grafen von Caprivi.
Nach einer etwa dreißtündigen Besichtigung der
Kunstwerke begab sich der Graf in das Verant-
bureau, um einige größere Antänfe abzuschließen.
— Generalmajor Direktor Schuch in Dresden
feiert am 1. September sein Fährjähres Dir-
genten-Jubiläum. Herrn Schuchs Debut als
Dirigent der Dresdener Hofoper fand zwar
bereits am 13. August 1872 statt, an welchem
Tage er die „Gugeneroten“ leitete; da dieser
Tag aber unmittelbar nach den diesjährigen
Theaterferien fiel, so ist die Jubiläumsfeier auf
den 1. September festgesetzt worden. — Die
„Vereinigung deutscher Kriegsveteranen“
hat von dem Fürsten Bismarck folgendes
Schreiben erhalten: „Friedrichsruh, 15. August
1897. Es wird mir eine Auszeichnung sein,
der Vereinigung deutscher Kriegsveteranen als
Ehrenmitglied anzugehören. v. Bismarck.“ —
Der Verband deutscher Kriegsveteranen

hielt dieser Tage in Köln seinen Vertretertag ab. Es wurde u. A. folgender Beschluß gefaßt: „Der Verband weist die gegen ihn kürzlich von gemäßigter Seite ausgesprochenen Verdächtigungen, als ob er die alten Soldaten gegen ihre Führer verhege, gegen die guten und wohlwollenden Absichten der Regierung Mißtrauen erzeuge, hohe Staatsbeamte verdachtige und so mit den Unsturzparteien gemeinsame Sache mache, vor allen Dingen mit den Behörden mehrfach in Konflikt gekommen sei, mit Entrüstung als Verleumdung und Unwahrheit zurück.“ Als Ort für die nächstjährige Versammlung wurde Dresden gewählt. — Die **überfeisfe Auswanderung** aus dem Deutschen Reich war auch im Juli d. J. sehr gering. Es wanderten noch antizipiert Ausweis über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam 1958 Personen aus gegen 2656 im Juli 1916. Davon gingen über Hamburg 854 (im vorigen Jahr 1195), über Bremen 702 (881), Stettin 36 (53), Antwerpen 327 (462), Rotterdam 39 (64) und Amsterdam 0 (1). Außer den deutschen Auswanderern wurden über deutsche Häfen noch 5263 Angehörige fremder Staaten befördert, darunter 2577 über Bremen, 2626 über Hamburg und 60 über Stettin. — Der Gemeinderath zu Stragburg i. Gsl. hat zum zweiten oder dritten Male den von der kirchlichen Minderheit eingebrachten Antrag, die **konfessionuell gemischten städtischen Mittelschulen** in konfessionell getrennte umzuwandeln, abgelehnt. Gegen diesen, mit der öffentlichen Meinung übereinstimmenden Beschluß nehmen die hiesigen katholischen Pfarrer Stellung, indem sie im „Glasen“ ausführen, die „Religion leide bei den in konfessionell gemischten Schulen erzogenen Kindern Schaden; sie seien schwach im Glauben, indifferent in Religionsfachen, unklar bezüglich der heiligen Pflichten und theilnahmslos in den religiösen Uebungen“. Diese Gründe werden unseren Gemeinderath wohl kaum von der Ueberzeugung abbringen, daß in konfessionell gemischten Gemeinden gerade die gemeinsame Erziehung der Jugend der wahren Religiosität nicht schadet, wohl aber viel zur Uebung der Toleranz beiträgt.

Deutschland.

Berlin, 21. August. Das Staatsministerium hat sich in seiner gestrigen Sitzung, wie berichtet wird, mit der Frage der Unterstützung für die überflutheten beschäftigt. Das Ministerium soll sich für die Bewilligung namhafter Mittel entschließen haben, die theils zur Abhilfe der vorhandenen Schäden, theils zur Vorbeugung gegen künftige verwandt werden sollen. Durch eine Verfügung des Finanzministers ist die Aufmerksamkeit der Behörden in den von den Hochwässern betroffenen Bezirken auch auf die Einziehung der direkten Staatssteuern gelenkt. Die amtliche „Berliner Korrespondenz“ theilt hierüber mit:

„In der Anwendung des Zwangsverfahrens gegen Steuerschuldner, die aus Anlaß der Wasserschäden in eine bedräugte Lage gerathen sind, soll eine möglichst milde Praxis befolgt und jedenfallS rücksichtslosen Exekutionsmaßregeln durch Ertheilung entsprechender Anweisungen an die beteiligten Lokalbehörden im Voraus entgegen gesetzt werden. Zu diesem Zwecke ist empfohlen, nach Kräftigung der Verhältnisse der einzelnen Steuerpflichtigen für alle diejenigen Restanten, die aus dem gedachten Anlaß gegenwärtig zur Zahlung ohne Härte nicht eingekollt werden können, nach Umständen vorerbt Erbindungen bei Steuern zu bewilligen. Außerdem können in den geeigneten Fällen die nach dem bestehenden Vorzeichen zufälligen Steuererlasse eintreten.“

— Zum Vertretung des kommandirenden Generals des Gardekorps, Generals von Winterfeldt, ist, wie der Kaiser am 18. August in Wilhelmshöhe angeordnet hat, der Generalleutnant von Vock und Polach, Kommandeur der 20. Division, kommandirt worden. Dieser kommandirung läßt darauf stehen, daß General von Winterfeldt an der Ausübung seines Kommandos auf längere Zeit verhindert ist, demnach auf eine kürzere Spanne pflegt der älteste Divisionär — in diesem Falle Generalleutnant von Krüger — den kommandirenden General zu vertreten. v. Winterfeldt ist am 2. Mai 1866 Scharfbedientant geworden und wurde am Geburtstage des Kaisers vor zwei Jahren zum General der Infanterie befördert. Ehe er das Gardekorps erhielt, war er Kommandeur der 20. Division in Hannover, Generalleutnant von Vock und Polach, der auch diese Division befehligte, ist einer der tauglichsten Divisionäre, der vor der Beförderung zum General der Infanterie steht.

— Zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den sozialistischen Wandlungsgeheulenen und den Mitgliebern des Vereins deutliche staunende kam es Donnerstag Abend in einer öffentlichen Versammlung, die sich mit der fälschlich verfügte Auflösung der Distriktskassette für Wandlungsgeheulenen betagte. Dem Referenten Tröger, der von den Anwesenden den Anschlag auf die freien Hülskassen nahelegte, traten sozialdemokratische Medner entgegen, die den Verein deutlicher staunende der Harmoniebücherei beschuldigten und sich in heftigen Angriffen gegen die nichtsozialistischen Wandlungsgeheulenen ergingen, weil diese sich dem an die Behörden gerichteten Protest gegen die Auflösung der Distriktskassette nicht angeschlossen haben. Von anderer Seite wurden den Sozialdemokraten verschiedene Mißstände bei der von ihnen verwalteten Distriktskassette vorgehalten. Die Versammlung nahm mit großer Mehrheit eine Resolution an, worin der Anschlag der Wandlungsgeheulenen auf die freien Hülskassen gewünscht wird, um sie der Nothwendigkeit zu entziehen, in die Kassen niedriger Berufe einzutreten.

— In einem postaltischen Fachblatt, das wir wissen nicht, ob mit Recht — als „postoffiziös“ bezeichnet wird, scheint auf eine „Postform“ vorbereitet zu werden, die, an sich geringfügig und nur für sehr beschränkte Kreise von Bedeutung, in diesen doch schwerlich Anklang finden würde. Es heißt dort:

„Nach dem Vriefposttarif bestehen in Deutschland Grenzgebiete mit ermäßigter Taxe gegenüber Belgien, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz. Die ermäßigte Taxe beträgt für frankirte Briefe 10 Pf. statt 20 Pf., für unfrankirte Briefe 10 Pf. statt 40 Pf. Die Festsetzung ermäßigter Grenztaxen gründet sich auf Art. 2 § 3 des Weltpostvertrages (den be-

thätigen Verwaltungen ist gestattet, sich unter einander über die Annahme ermäßigter Tarife in einem Umkreis von 30 Kilometer zu verständigen“) und auf Art. 21 § 2 („Nach beschränkt der Vertrag nicht die Befähigung der vertragsschließenden Theile, behufs Verbesserung des Postverkehrs Beträge unter sich bestehen zu lassen und neu zu schließen, sowie engere Vereinbarkeiten zu erhalten oder neu zu gründen.“) Die im Verkehr zwischen Deutschland und den genannten Ländern bestehenden Grenzlagen stammen aus der Zeit der Sonderverträge über die Wäschung des Welpolpostvertrages. Es ist bereits mehrfach — auch auf Postkongressen — die Befestigung der Ausnahmestellen zulaufenden Bestimmung angeregt worden, doch hat man bisher von einer Veränderung des bestehenden Zustandes, die von dem beteiligten Publikum jedenfalls unliebsam empfunden würde, abgesehen. Dabei ist allerdings anerkannt worden, daß die Einrichtung eine den Betrieb betreffende Abweichung von dem Prinzip des Einheitspostes bildet und auch manche Unbilligkeiten in sich flicht; es muß z. B. bei jeder Neueinrichtung einer der Grenze nahe gelegenen Postanstalt ermittelt werden, mit welchen Poststellen des Nachbarlandes sie im Grenzrayon liegt. Diese Ermittlung erfolgt bei der betreffenden obersten Postverwaltung in der Weise, daß auf einer Karte von dem Ort d. r. neu einzurichtenden Postanstalt als Mittelpunkt aus ein Kreis mit einem Radius von 30 Kilometer (im Größenverhältnis der Karte) geschlagen wird; alle fremden Postanstalten, die innerhalb des Kreises sich befinden oder auch nur von seiner Peripherie geschnitten werden, liegen zu der neuen Postanstalt im Grenzrayon. Für jeden Postort ergibt sich ein anderer Grenzrayon. Der fremden Verwaltung wird von dem Ergebnis Mitteilung gemacht. Nach der Prüfung der Michtigkeit durch diese erhalten deutscherseits die beteiligten Ober-Postdirektionen Anweisung zur entsprechenden Verständigung der Bezirks-Postanstalten und weiteren Veranlassung.“

Gleichsetzungen im nachbarlichen Verkehr sind zu berechtigten Einrichtungen, daß die Thä-

Deſterreich:Ungaru.

Wien, 20. August. Ueber die gestrigen Vorgänge in Willen verlautet hier authentisch: Ein deutscher Student der Medicin Namens Hartmann, Israelit, schlug den böhmischen Studenten Schmidt, welcher mit anderen Personen am Ringplatz stand, gestern Abend mit einem Stiefel. Schmidt behauptet, er habe über das Erichson-Band, welches Hartmann trug, gelächelt, worauf dieser ihn mit dem Stiefel schlug. Hartmann behauptet, drei bis vier Personen wollten ihm das Band entreißen, weshalb er sich mit dem Stiefel verteidigt habe. Hartmann bestreitet sich in der Apotheke, vor welcher sich sofort eine Menschenmenge ansammelte und wartete, bis die Polizei Hartmann herausbrachte. Die Polizei, welche selbst mißhandelt wurde, vermochte Hartmann nur mit Wüthe zu schüßen und brachte ihn auf das Rathhaus. Auf der Straße wiederholten sich die Ausschreitungen, die hauptsächlich gegen Israeliten gerichtet waren. Auch in mehreren anderen Straßen sammelten sich Menschenmengen an, von der Reichsstraße zog ein großer Trupp nach der Neulasse und dem Deutschen Haus. Der Leiter der Bezirkshauptmannschaft requirirte hierauf eine Kompanie Soldaten, welche die Straßen räumte beziehungsweise absperrte. Nach 9 Uhr Abends trat Ruhe ein, wozu der Regen viel beitrug. In der Staatsrealschule, in der Synagoge und in einigen kleineren Wirthshäusern, welche Israeliten gehören, sind die Zenterscheiben eingeschlagen worden. Wegen eines Wiederholens der Ausschreitungen sind umfassende Vorkehrungsmassregeln getroffen.

Wien, 20. August. Die für Sonntag anberaumte deutsche Volksversammlung unter freiem Himmel wurde behördlich verboten. Der Bezirkshauptmann erklärte sich bereit, die Abhaltung der Versammlung in geschlossenem Raum zu gestatten.

Prag, 20. August. Eine gestern stattgehabte Versammlung des Vereins „Narodnina“ zum Beipruch der Lage der böhmischen Wundenheiten verlief Anfangs gelemäßig. Die gehaltenen Reden und die Resolutionen gaben dem Negierungsvertreter keinen Anlaß zum Eingreifen. Später wurde jedoch nach heftigen Angriffen des Bergmanns Bysar die Versammlung aufgelöst und der Saal durch die Polizei geräumt. Ein großer Theil der Versammelten durchzog singend die Ferdinandstraße und wurde nach Polizeimaßnahmen zerstreut, wobei zwei Personen verhaftet wurden.

Spanien und Portugal.

San Sebastian, 20. August. Angiolillo, der Führer des Ministpräsidenten Canovas del Castillo, ist heute Vormittag 11 Uhr hingerichtet worden. Die Polizei in Vergara hat inzwischen einen neuen spanischen Anarchisten Namens Giuseppe Rossi verhaftet. Derselbe wurde von den Polizeibehörden Frankreichs, Italiens und Spaniens gesucht. Die Königin-Vergentini hat dem Kriegsminister Azcarraza das Ministerpräsidium definitiv übertritten. Veränderungen im Kabinet wird Azcarraza nicht vornehmen. Der Vorschlag der spanischen Regierung, internationale Maßregeln gegen die Anarchisten zu treffen, ist, der „F. Z.“ zufolge, bis jetzt von Italien, Oesterreich, Rußland und Deutschland günstig aufgenommen worden. Frankreich hat noch nicht geantwortet. England zaudert und wird wahrscheinlich ablehnen, ebenso die Schweiz und die Vereinigten Staaten. Der Hauptvorschlag Spaniens geht dahin, eine Straffolonie zu gründen, wo die gefährlichen Anarchisten, denen kein Staat mehr Asylrecht gewähren wolle, lebenslänglich festgehalten werden sollen.

England.

London, 20. August. Die „Birminghamb-Post“ erfährt, die Regierungen Deutschlands und Chinas seien in einen Schriftwechsel eingetreten, der den Vorschlag betreffe, die ganze chinesische Armee, sowie alle Arsenale unter deutsche Leitung zu stellen.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. August. Aus Helsingborg wird gemeldet, daß Präsident Faure an Bord des Kreuzers „Bothuan“ heute Nachmittag kurz nach 2 Uhr Kronborg passirt hat; mit der Festung wurde der Salut ausgetauscht.

Rußland.

Die Petersburger Presse beschäftigt sich nach dem Duell des Prinzen von Orléans mit seinem Sekundanten, dem vielgenannten Russen Leontjew. Der „Korob“ theilt seinen vollen Titel mit:

„Ruffischer Stabskapitän a. D. und Chersonischer Geheimer Nikolai Stepanowitsch Leontjew, Graf des abessinischen Kaiserreichs, Generaladjutant Sr. Majestät des Negus von Abessinien, Menelik II., Generalgouverneur der Äquatorialprovinzen Abessiniens, Ritter des abessinischen Ordens des Siegels Salomons aller Klassen, des türkischen Medschidiordens 2. Klasse, des persischen Löwen- und Sonnenordens 4. Klasse, des Bucharischen Sterns und anderer ausländischen Orden, und außerdem (was am wichtigsten ist) des St. Wladimir-Ordens 4. Klasse.“

Diesen Titel gliederte der „Korob“ mit folgenden Worten:

„Das lange Verzeichniß der hohen Auszeichnungen des Herrn Leontjew ist in der allerletzten Zeit (in zwei Jahren) zu Stande gekommen und gewachsen und seine Laufbahn ist eine jener schnellwüchsig machenden Bäume des Glücks, an denen die früheren, abenteuerlichen Zeiten so reich waren. Herr Leontjew ist so rasch emporgestiegen, daß Niemand sich wundern würde, wenn der Telegraph die sensationelle Nachricht brächte, Menelik hätte zu Gunsten des Herrn Leontjew seinem Throne entsagt. Die schwierigsten Schritte hat Herr Leontjew bereits gethan. Als er vor ungefähr vier Jahren mit seinem Better Patrin nach Indien ritt, war er Niemanden bekannt, und Oessa, in dem man ihn gut kannte, lachte über seine Reise und zählte ihm zu seiner goldenen Jugend, deren Vertreter man häufiger an den öffentlichen Orten sehen kann, zu denen der Zugang Jedem frei steht, als in den Privathäusern, die den erwünschten und ausersüßtesten Besuchern geöffnet sind. Nach seiner indischen Reise kehrte Herr Leontjew bereits nicht mehr als unbekannter junger Mensch in dieses Oessa zurück, sondern als eine Persönlichkeit, welche die außerordentliche abessinische Gesellschaft begleitete. Oessa empfing Herrn Leontjew mit Frohlocken und der Stadthauptmann von Oessa brachte auf dem Festdiner, welches zu Ehren der Abessinier gegeben wurde, einen Trinkspruch aus, worin er Herrn Leontjew als denjenigen pries, der gethan habe, was Niemand vorher — d. h. eine abessinische Gesellschaft — nach Europa gebracht. Die weitere Reise des Herrn Leontjew glich einem Triumphzuge. Seit dieser Zeit fühlt sich Herr Leontjew in Abessinien wie zu Hause. Herr Leontjew hat seine hartnäckigen Tadel gehabt, besonders der fäulniß W. B. Melchiorer's. Die raschen Erfolge des Herrn Leontjew erschienen — besonders denjenigen, die ihn persönlich kannten — als etwas Fabelhaftes und erinnerten einige bald an eine Ferie mit Verwandlungen, daß an eine Drabowoperette. Vielleicht machte übrigens das Gesicht Napoleons I. auf seine persönliche Bekannten einen ähnlichen Eindruck wie die ungewöhnlichen Abenteuer des Herrn Leontjew.“

Türfei.

Konstantinopel, 19. August. Der ehemalige Kommissar der Dete publique und bisherige Redakteur des jungtürkischen Blattes „Mizan“, Murad Bey, der sich in Folge der Verhandlungen mit dem an ihn entsetzten Ahmed Dschelaleddin Pascha entlassen hatte, nach der Türkei zurückzukehren, ist vor Kurzem in Konstantinopel eingetroffen. Seit seiner Ankunft weilt er tagsüber immer in Wildiz und kehrt nur über die Nacht das Zusammensein mit seiner Familie gestattet. In türkischen Kreisen glaube man, daß Murad Bey demnächst auf einen höheren Posten berufen werden wird. Die Aufhebung des Todesurtheiles, das über ihn nach seiner Flucht aus Konstantinopel in contumaciam verhängt wurde, sei bisher noch nicht offiziell verlautbart worden. Der Konstantinopeler Blätter sei die Veröffentlichung von Nachrichten über die Rückkehr Murad Beys behördlich untersagt worden.

Von der Marine.

— Nach Schluß der Herbstmanöver stehen in Folge der anderweitigen Verwendung des Prinzen Heinrich einige Veränderungen in den höheren Kommandostellen der Marine bevor. Der Prinz-Admiral wird nicht, wie früher be- hauptet wurde, dem Oberkommando der Marine überwiesen, sondern wird die erste Marine- inspektion in Kiel übernehmen, welcher die erste Matrosendivision und die erste Werftdivision unterstellt sind. Der bisherige Kommandeur der 1. Marineinspektion, Kontradmiral von Arnim, der schon einmal der dienstliche Vorgänger des Prinzen war, wird die Inspektion des Torpedowesens übernehmen, die bisher Kontradmira- l Bendemann innehatte. Dieser wiederum wird als Nachfolger des Prinzen das Kommando der zweiten Geschwaderdivision übernehmen. Außer diesen Stellenbesetzungen werden noch neu befehlet werden die Inspektion der Marineartillerie und die Kommandantur von Helgoland. Letztere wird an Stelle des in den Ruhestand tretenden Kapitäns zur See Einbeinrich der bisherige Chef des Stabes beim Kommando der Marine- station der Nordsee, Kapitän zur See Ostf. v. Schmudmann antreten. Die Inspektion der Marineartillerie, mit deren Wahrnehmung bis- her Kapitän zur See Kirchhoff beauftragt war, wird auf den Kapitän zur See Geißler, Chef des Stabes beim 1. Geschwader, übergehen. Prinz Heinrich, der am 14. August an- tritt eine fünfundzwanzigjährige Dienstzeit in der Marine zurückzulegen konnte, wird zum ersten Male als Admiral ein Kommando an Land antreten. Der jetzt 35 jährige Prinz ist 1872 in die Marine eingetreten, wurde 1887 Korvettenkapitän, 1889 Kapitän zur See und 1895 Kontradmiral. Er befehligte die Schiffe „Grene“, „Deenulf“, „Sachsen“ und „Wörth“. Der Nachfolger des Prinzen im Kommando der 2. Division, Kontradmiral Bendemann, gehörte der Marine seit 1864 an, wurde 1868 Unter-

Leutnant zur See, 1880 Korvettenkapitän, 1887 Kapitän zur See und 1895 Kontreadmiral. Er kommandirte die Panzerschiffe „Deutschland“ und „Brandenburg“ (letzteres während der heidenauerlichen Katastrophe im Februar 1894) und war zuletzt Inspektor des Torpedowesens. Der Vorgänger des Prinzen, Kontreadmiral v. Arnim ist früher als Kommandant der (alten) Kaiser-Yacht „Gefezollern“ vielfach genannt worden. v. Arnim ist 1863 in die Marine eingetreten, wurde 1881 Korvettenkapitän, 1889 Kapitän z. S. und 1895 Kontreadmiral. Er kommandirte seit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II. die kaiserliche Yacht und wurde zum Flügeladjutanten des Kaisers ernannt. Nach seiner Beförderung zum Kontreadmiral wurde v. Arnim Chef der 2. Division des 1. Geschwaders und als der Prinz hier sein Nachfolger wurde, Inspektor der 1. Marine-Inspektion. Der bisherige Kommandant der Insel Helgoland, Kapitän zur See Sinbenrauh, ist 1867 in die Marine eingetreten, wurde 1888 Korvettenkapitän, 1894 Kapitän zur See. Als solcher waren ihm das Schiffsjüngerschaftsschiff „Ouseiwan“ und das Panzerschiff „Wörth“ unterstellt. Der demnächstige Inspektor der Marineartillerie, Kapitän zur See Geißler, ist 1864 in die Marine eingetreten, wurde 1883 Korvettenkapitän, 1890 Kapitän zur See. Als solcher kommandirte er das Panzerschiff „Boden“, wurde dann Stabschef beim Kommando der Marineinspektion der Ostsee, Chef des Stabes des Kommandos des Manöversgeschwaders und des 1. Geschwaders. Weitere Kommandirungen sind noch zu erwarten.

Arbeiterbewegung.

Zürich. 20. August. Der internationale Arbeitertongreß wird am Montag eröffnet. Angemeldet sind 340 Delegirte und 150 Gäste verschiedener Länder. Deutschland sendet 55 Delegirte und 50 Gäste. Viele Behörden sind durch Abgesandte vertreten.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 21. August. Prinz Albrecht hat sich heute zu den Schießübungen des Infanterie-Regiments von Hindenburg (pommer. Nr. 2) nach Swinemünde begeben. Die Abfahrt erfolgte um 7 Uhr früh mit dem Dampfer „Langenberg“. Bei der Übung wurde nach schwimmenden Zielen geschossen und zwar nach zwei Panzerschiffen, allerdings waren es keine „Panzer“, sondern geschildete Holzimitationen, die aus alten Schiffen hergestellt und von denen einer als Panzer mit zwei Masten, der andere als solcher mit einem Mast getakelt war. Sie hatten auch die graue Farbe der Kriegsschiffe erhalten. Die Rückkehr wird gegen Abend erfolgen.

— **D**ie Tagesordnung der für nächsten Donnerstag anberaumten Stadtvorordneten-Sitzung, der ersten nach dem Ferial, ist sehr umfangreich, sie enthält 34 Positionen in öffentlicher und 22 in nicht öffentlicher Sitzung, doch sind nur wenige Gegenstände von größerer Bedeutung darunter. Die Vorlage wegen Bewilligung einer Geldsumme zur Unterstützung der Ueberseesenden haben wir bereits erwähnt, ferner liegt die Mittheilung des Magistrats vor, daß derselbe sich dem Stadtvorordnetenbeschlusse wegen der subventionirten Beschaffung von Lehrmitteln für die Gemeindschulen nicht angeschlossen hat, Johann eine Petition von Anwohnern des Rosengartens um Neupflasterung dieser Straße. Für die Beschaffung einer Thurnuhr für die St. Gertrud-Kirche werden 1000 Mark gefordert. — In nicht öffentlicher Sitzung soll die Stadttheaterfrage erledigt werden, ob die Stadtvorordneten sich damit einverstanden erklären, daß die Direktion von Herrn Direktor Goldberg auf Herrn Direktor Wluth übergeht.

— Am Dienstag, den 12. Oktober, hält der Verein der Lehrer an den höheren Schulen Pommerens in Belgard seine diesjährige Versammlung ab.

Die 15. Hauptversammlung des deutschen Vereins für das höhere Mädchenschulwesen findet in den Tagen des 29. September bis zum 3. Oktober d. J. in Weimar statt.

— Die Jahresfeier des pommerischen Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung wurde am Mittwoch in Schlawa unter Vorsitz des Pastor pr. Pauli-Stettin abgehalten. Als Delegirte für die Hauptversammlung in Berlin wurden gewählt die Herren Pastor pr. Pauli-Stettin, Gymnasialdirektor Siwert-Stettin, Superintendent Resch-Megnawde und Superintendent Blänsdorf-Schlawa. Die nach dem Unterfertigungsplane des Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung aufgestellten Liebesgaben von den Delegirten wurden genehmigt. Nach diesem sollen 14 100 Mark zur Vertheilung kommen. Davon erhält der Zentral-Vorstand ein Drittel; das große Liebeswerk in Berlin 800 Mark und die zwei unterliegenden Gemeinden je 100 Mark. Für Malaga sind 750 Mark bestimmt zc. An den übrigen Liebesgaben heben wir die auf die Provinz Pommern entfallenden hervor: für Briewitz 800 Mark, für Polczin 600 Mark, für Bernsdorf 400 Mark, für Sammin 300 Mark. Außerdem wurde beschossen, für Gollan aus der Festkollekte 200 Mark einzulinden.

— Bei der im August d. J. hieselbst abgehaltenen zweiten theologischen Prüfung haben 24 Kandidaten bestanden, davon aus Stettin H. D. K. Hoepffner und J. G. F. Labs.

— Gegen neuen Postmarkenauto-
maten läßt die Postbehörde gegenwärtig auf
seine Zuverlässigkeit prüfen. Der Apparat ist so
konstruirt, daß er sowohl Postmarken, wie Post-
stempel abgibt. Die Postkarten fallen nach Ein-
wurf eines Geldstückes an eine Platte heranzu-
gen, die Marken befinden sich in dünnen Papierhül-
sen, die nach Einwurf herausrücken. Diese Papier-
hüllen werden der Postbehörde noch besondere
Einnahmen verschaffen, da sie zum Aufdruck für
geschäftliche Notizen dienen sollen. Aus diesen
Einnahmen werden die Kosten für die Apparate
mit Beihilfe gedeckt werden können. Gründer
dieses Automaten ist der Eisenbahnbetriebswer-
kmeister Franz Reyer in Soest.

— Bezüglich der Zentenarmedaillen
war gemeldet, sie dürften nur im großen Dienste

